

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53) Nr. 3

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Gesundheitsamt
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet Infektionsschutz und Umweltbezogener Gesundheitsschutz /
Sachgebiet Katastrophenschutz 53/33

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

☒ Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
☐ Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
☐ Umwandlung	kw-Vermerk/e	
☐ Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐ Abwertung	(ku nach BesG/EG	)
☐ Ausweisung		
☐ Übertragung		
☐ Redaktionelle Korrektur		

Bewertung neu EG 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)

Funktionsbezeichnung neu Stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung und
Sachgebietsleitung

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☐ durch Dritte: ☒

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 92.763 € auf der Grundlage der durchschnitt-
lichen Personalthauptkosten 2023)
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen

Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	☐	☐	☐	☐
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	☐	☐		☐

Amt 53	Bewertung	EG 13 TVÖD/VKA (1,0 Stelle)	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt	ab	01.12.2021	200
53/3	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil
Sachgebiet 53/33 Katastrophenschutz	Funktionsbezeichnung	Stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung und Sachgebietsleitung	in %
Arbeitsplatzbeschreibung 1. Organisatorische und stellvertretende Abteilungsleitung Infektionsschutz sowie Beratungstätigkeit - Stellvertretende Leitung der Abteilung - Dienst- und Fachaufsicht innerhalb der Abteilung mit Ausnahme des ärztlichen Bereichs, Koordination der Arbeitsabläufe innerhalb der Abteilung - Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung innerhalb der Abteilung - Systematische Überprüfung, Optimierung und Koordinierung interner Arbeitsprozesse innerhalb der Abteilung und Teams - Zielgerichteter Informationsfluss innerhalb sowie bedarfsgerecht außerhalb der Abteilung - Controlling und Organisation der Abteilungsaufgaben einschließlich Zuarbeiten von Qualitätsdaten - Planung, Durchführung und Leitung von abteilungsinternen und übergreifenden Besprechungen - Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch innerhalb der Abteilung, des Amtes sowie mit anderen Institutionen und Partnern z.B. auf kommunaler Ebene - Zuarbeiten an Vorgesetzte und Amtsleitung, z.B. hinsichtlich Stellungnahmen zu Anfragen aus der Politik, Empfehlungen, Verordnungen oder auch Gesetzen aus dem Bereich der Infektions- und Umwelthygiene auf Landes- und Bundesebene, statistischen Erhebungen z.B. gem. § 10 ÖGDG sowie Vorbereitung erforderlicher Beschlussfassungen - Teilnahme an Besprechungen der Amtsleitung			35

